Landwirtschaftspolitik ohne Ideologie

02.02.2025 15:56

Landwirtschaftsministerin Kaniber und Bundestagsabgeordneter Oßner wollen bessere Landwirtschaftspolitik im Bund

In einer großen Diskussionsrunde mit Vertretern der Bauernschaft wurde klar, was in Bayern besser läuft, welche Verbesserungen es mit einem Regierungswechsel in Berlin geben soll und was sich auf EU-Ebene ändern müsste.

Die Familie Lindner betreibt in der Gemeinde Bruckberg Ochsenmast. Der offene Stall in Ried ist nach hohen Tierwohlstandards gebaut. Möglich macht das der Freistaat Bayern, der mit seinem Förderprogramm BayProTier gezielt mehr Tierwohl in Ställen fördert. Beim Hofbesuch von Bayerns Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus, Michaela Kaniber, dankte Thomas Lindner der Ministerin ausdrücklich für das Förderprogramm: „Bayern hat damit ein tolles Programm ins Leben gerufen. Dank BayProTier können wir Nutztierhalter auf mehr Tierwohl setzen, ohne auf den zusätzlichen Kosten sitzen zu bleiben. Das Programm kompensiert die Zusatzkosten sehr gut“, so Lindner. Weil die Erfahrungen mit dem neuen Stall in Ried so gut waren, hat die Familie nun auch einen zweiten Stall mithilfe der Förderung umgebaut.

Klares Bekenntnis zu Landwirten

Der Betrieb setzt außerdem auf Direktvermarktung der erzeugten Produkte und beteiligt sich am Projekt „Wasserschutzbrot“. Dadurch werden die regionalen Wirtschaftskreisläufe gestärkt. Für die Arbeit der Familie gab es Lob und Anerkennung der Ministerin – zumal die Bedingungen für Landwirte sich in den letzten Jahren verschlechtert hätten: „Den Strukturwandel gab es in der Landwirtschaft schon immer. Neu ist aber, dass erstmals nicht nur die Zahl der Höfe, sondern auch die Zahl der Nutztiere zurückgeht“, führte Kaniber aus. Die Landwirtschaft sei gehörig unter Druck geraten, weil „die Ampel Dinge nicht angepackt hat“, machte die Landwirtschaftsministerin deutlich.
Deshalb seien in Berlin direkte Vertreter wie Florian Oßner so wichtig, weil er vor Ort zuhöre und in Berlin sich für die Interessen der Heimat einsetze. Zuhören und umsetzen: Nach der Devise handle auch der Freistaat. Deshalb habe man den Zukunftsvertrag Landwirtschaft mit dem Bauernverband geschlossen. „Wir in Bayern bekennen uns klar zur Nutztierhaltung“, unterstrich Kaniber. Dafür investiere der Freistaat in gute Beratung und eben auch direkt in die Betriebe. Woanders sei das leider nicht so, bedauerte die Ministerin. Während der Bund gerade einmal 250 Millionen Euro für Tierwohl in ganz Deutschland zur Verfügung stelle, nehme Bayern allein 100 Millionen Euro im Jahr in die Hand.

Landwirtschaft braucht Politikwechsel

So stark die Unterstützung Bayerns auch sei: „Unsere Landwirte brauchen einen Politikwechsel in Berlin“, forderte Bundestagsabgeordneter Oßner. Für den Fall eines Wahlsiegs der Union, benannte Oßner, selbst auf einem Bauernhof aufgewachsen, ganz konkrete Maßnahmen: „Die von der Ampel beschlossene

Abschaffung der Agrardieselrückerstattung muss zurückgenommen werden“. Die heimischen Landwirte hätten sonst einen Wettbewerbsnachteil gegenüber Landwirten aus anderen europäischen Ländern. Gleiches gelte für Zwangsstilllegungen – auf diese müssten endlich dauerhaft verzichtet werden: „Wir machen uns in Deutschland viel zu oft unnötig selbst das Leben schwer.“ Auch auf EU-Ebene müssen sich etwas ändern, forderte Oßner: Betriebe, die bis zur Gewinnschwelle 50 Hektar bewirtschaften, müssten von Kontrollen ausgenommen werden. Bisher gilt diese Regelung nur für Betriebe mit 10 Hektar. „Vorzeigebetriebe wie hier bei Thomas Lindner zeigen: Die Landwirtschaft hat Zukunft in der Region Landshut. Die Voraussetzung dafür ist aber, dass im Bund wieder vernünftige Politik ohne Ideologie mit und nicht gegen unsere Landwirte gemacht wird“, so Oßner.



_ Beim Besuch des Ochsenmastbetriebs der Familie Lindner in der Gemeinde Bruckberg diskutierten Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber und Bundestagsabgeordneter Florian Oßner mit Landwirten aus der Region über konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft. Foto: Josef Amann.